



FDP-Fraktion fordert schnellstmöglichen Ausgleich für 96 Parkplätze auf der Karl-Marx-Straße.

► An der Karl-Marx-Straße in Klotzsche hat die Verwaltung fast einhundert Parkplätze gestrichen, um einen Fahrradschutzstreifen zu schaffen. Ersatzstellplätze waren lange Zeit nicht in Sicht. Viele Anwohnerinnen und Anwohner, die auf ihr Auto angewiesen sind, wussten nichts von der Maßnahme und stehen nun vor großen Problemen. Mit einer Plakat- und Flyer-Kampagne hat die FDP-Fraktion vor Ort über den Vorgang informiert und ist mit betroffenen Bürgern ins Gespräch gekommen. Deren Anliegen wurden dem Verkehrsbürgermeister vorgebracht, doch die Verwaltung lenkt nicht ein. Jetzt soll eine FDP-Initiative im Stadtrat Abhilfe schaffen. Im Stadtrat setzen die Liberalen durch: die Bürger zu Wort kommen lassen und sofort die Bereitstellung von Ersatzparkplätzen einleiten!  
Lesen Sie mehr dazu auf Seite 3.

# Städtischer Doppelhaushalt: Parkgebührenerhöhung abgewendet!

Der neue Doppelhaushalt steht. Die FDP-Fraktion konnte wieder bei den Verhandlungen mitwirken und Erfolge erzielen.

Lange Zeit herrschten Sorge und Ungewissheit in der Kämmerei und bei den Finanzpolitikern Dresdens. Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie ließen sich kaum seriös abschätzen, während die städtischen Ausgaben gleichzeitig stiegen. Einige befürchteten schon Schlimmes für den nächsten Haushaltsplan der Stadt. Erst der November brachte ein wenig Erleichterung: die Herbststeuerschätzung sagte Dresden sehr hohe Einnahmen voraus. Trotz verschiedener neuer Aufgaben, die der Stadt vom Bund übertragen wurden, ergaben sich so zumindest kleine Gestaltungsspielräume für den Stadtrat. Um diese Räume zu nutzen, taten sich, wie schon bei den letzten Haushaltsverhandlungen, wieder die Fraktionen der Grünen, CDU, Linken, SPD und FDP zusammen. In vergleichsweise kurzer Zeit konnte ein Kompro-

miss erarbeitet werden, mit dem alle Beteiligten leben konnten. Eines der größten Streitthemen war dabei die zukünftige Finanzierung der Dresdner Verkehrsbetriebe. Der ursprüngliche Haushaltsentwurf der Verwaltung sah nämlich vor, dass die jährlichen Defizite der DVB mit Mehreinnahmen aus dem sogenannten Parkraum-Management gegenfinanziert werden sollten. Das hätte bedeutet, dass durch Erhöhung der Parkgebühren und der Gebühren für das Anwohnerparken sowie stärkere Kontrollen durch das Ordnungsamt in den beiden Haushaltsjahren insgesamt über 10 Millionen Euro mehr eingenommen werden sollen. Eine solche Mehrbelastung der Dresdner Bürger und ihrer Gäste konnte die FDP-Fraktion zum Glück verhindern. Eine Erhöhung der Parkgebühren wird es in den nächsten beiden Jahren nicht geben!

Doch auch in anderen Bereichen konnte die Fraktion der Freien Demokraten sich durchsetzen. Insbesondere Maßnahmen, um die Dresdner Innenstadt attraktiver zu machen, gehen auf das Konto der Liberalen und ihres Haushaltspolitikers Christoph Blödner. So konnte im Haushaltsbeschluss verankert werden, dass dem Citymanagement e.V. zusätzliche Mittel zur Wiederbelebung der Innenstadt zur Verfügung gestellt werden und Märkte, Feste und Events sowie Freischankflächen von gastronomischen Betrieben auch weiterhin von Sondernutzungsgebühren freigestellt bleiben. Auch die eingestellten Mittel zur Förderung von Großveranstaltungen und zur Aufwertung des Gebietes um den Neustädter Markt werden dazu beitragen, das Zentrum für Einwohner und Touristen attraktiver zu machen.

Weitere Erfolge erzielte die FDP-Fraktion bei der Sanierung und Kontextualisierung des sowjetischen Ehrenmals und dem Emerich-Ambros-Ufer. Bei beiden Projekten werden die erforderlichen

Gelder wesentlich früher als bisher vorgesehen zur Verfügung gestellt, sodass mit den Maßnahmen noch in diesem Planungszeitraum begonnen werden kann.



Rekordhaushalt für Dresden in Höhe von 2 Mrd. Euro pro Jahr beschlossen.

INHALT / SEITE 2

➤ Wahl der Beigeordneten

INHALT / SEITE 3

➤ Parkplätze an der Karl-Marx-Straße

INHALT / SEITE 4

➤ Fraktion aktuell

# Stadtrat streitet um Beigeordnetenwahlen

Über ein halbes Jahr hat der Stadtrat um die Wahlen der städtischen Beigeordneten gestritten. Herausgekommen ist dank der CDU-Fraktion ein Linksruck bei der Besetzung der Beigeordneten. Eine Beigeordnetenstelle bleibt weiter offen.

Erklärtes Ziel des Oberbürgermeisters war es, die in der Sächsischen Gemeindeordnung vorgeschriebene Spiegelbildlichkeit bei den Beigeordneten im Verhältnis zum Stadtrat bzw. den letzten Kommunalwahlen herzustellen. Da passete es nicht mehr in die Zeit, dass Grüne, Linke und SPD fünf von sieben Beigeordneten stellten, hatten sie zusammen doch weniger als 50% der Wählerstimmen erhalten. Selbst mit den weit linksstehenden Dissidenten sind es lediglich 35 von 70 Stadträten. Oberbürgermeister Dirk Hilbert verweigerte bei den ersten Wahlen im August letzten Jahres sein Einvernehmen, eine notwendige und gesetzlich vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit, um den Oberbürgermeister zu überstimmen, kam auch mit der CDU nicht zustande.

Auf den folgenden Stadtratssitzungen vertagten abwechselnd CDU-Fraktion oder Linke-Fraktion die Wahlen, waren sie sich doch ihrer Mehrheit nicht gewiss. Gleichzeitig wurde um die Hauptsatzung, also den Zuschnitt der Geschäftsbereiche im Stadtrat gestritten. Sechs, sieben oder acht Beigeordnetenstellen sollten es zu unterschiedlichen Zeitpunkten sein, favorisiert wurden vom Oberbürgermeister und der FDP-Fraktion sechs Stellen, da es bei den aktuellen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen nur folgerichtig erscheint, einen politischen Posten einzusparen. Gleichwohl hätte sich die FDP-Fraktion auch einer Lösung mit sieben Beigeordneten angeschlossen, wenn es einen ausgewogenen strukturellen und personellen Neuanfang gegeben hätte. Daran war aber das Bündnis aus Grünen, CDU, Linken und SPD nicht interessiert. Ein ernstzunehmendes Angebot wurde der FDP-Fraktion zu keinem Zeitpunkt in den Verhandlungen gemacht.



Externe Mediatoren sollten nun nach wiederholtem Scheitern der Beigeordnetenwahlen den Streit schlichten. Doch der Schlichterspruch enttäuschte selbst das neue Wahlbündnis aus Grünen, Linken und CDU, wie sich an den Beigeordnetenwahlen im Januar zeigen sollte. „Als FDP-Fraktion haben wir den sogenannten Schlichterspruch und die Ergebnisse des Moderationsverfahrens abgelehnt. Sie erfüllen in keiner Weise unsere Erwartungen und bleiben hinter den selbstgesteckten Zielen und den Anforderungen einer modernen Stadtverwaltung weit zurück. Die Möglichkeit, die längst überfällige Modernisierung der Verwaltung voranzutreiben und die Strukturen auf die Höhe der Zeit zu bringen, bleibt ungenutzt. Stattdessen erleben wir das Absichern von Posten und Personen. Es geht um Besitzstände und Pfründe von Grünen, CDU und Linken anstatt um das Wohl der Stadt und die Suche nach den besten Personen für unsere Stadtspitze. Es ist fatal, wenn jetzt drei Fraktionen, von den keine wirklich groß ist und keine für sich in Anspruch nehmen kann, für eine Mehrheit zu sprechen, mit der geringstmöglichen Stadtratsmehrheit versuchen werden, die Stadt unter sich aufzuteilen“, beurteilt Fraktionschef Holger Zastrow die

Situation. „Es ist unklug, die Bürgermeister mit einem so wackeligen Fundament auszustatten. Das schmerzt umso mehr, da es viele Optionen für das Bilden breiterer Mehrheiten gab. Dieser Versuch wurde jedoch von Grünen, CDU und Linken sowie von den Moderatoren zu keinem Zeitpunkt unternommen. Im Nachhinein drängt sich der Eindruck auf, dass das Ergebnis von vornherein feststand. Der von den beiden Moderatoren vollmundig verkündete Neustart für eine neue Kultur der Zusammenarbeit im Stadtrat ist gescheitert.“

„Auch im Detail wirft das Ergebnis Fragen auf“, sagt Zastrow weiterhin. „Wieso ausgerechnet die Wahlverliererin Eva Jähnigen, die nicht nur vom Oberbürgermeister zurecht immer wieder für ihre schlechte Leistungsbilanz als Umweltbürgermeisterin getadelt wurde, jetzt zur großen Gewinnerin des Postenschachers wird, versteht kein Mensch. Mit der zusätzlichen Übertragung des Ordnungs- und des Rechtsamtes sowie des Klimastabes erhält die Grüne jetzt einen noch größeren Instrumentenkasten, um Dinge aufzuhalten, zu blockieren und zu verlangsamen, so wie es selbst bei grünen Herzensthemen in den letzten Jahren immer wieder passiert ist. Dass die

CDU ihren Markenkern Ordnung und Sicherheit aufgibt und bereitwillig in die Hände der grünen Verbotsparterie legt, ist genauso zu hinterfragen, wie die Tatsache, wieso ausgerechnet ein funktionierender Geschäftsbereich Ordnung und Sicherheit zerschlagen wird, während man kränkelnde Bereiche wie die von Frau Jähnigen und Frau Klepsch sogar noch aufwertet. Dass das Thema Fachkräfteentwicklung als Teil des neu geschaffenen Bereiches Wissenschaft ausgerechnet bei der Kultur angesiedelt wird und nicht im Geschäftsbereich Wirtschaft, ist nicht nachzuvollziehen und nicht sachgerecht. Auch bestand zudem eigentlich Konsens darüber, dass der Bereich Tourismus aus seinem stiefmütterlichen Dasein bei der Kultur befreit werden und zur Wirtschaft wechseln sollte. Dass der Mut fehlte, den völlig überlasteten Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften zu teilen und die Prozesse somit zu beschleunigen, soll auch erwähnt werden. Anstatt Geschäftsbereiche konsequent neu zu ordnen und Aufgaben klar zu definieren, wirkt vieles bunt zusammengewürfelt. Am meisten wird das im neuen Geschäftsbereich Wirtschaft, Digitales, Sicherheit und Personal deutlich, der noch nicht einmal alle Wirtschaftsthemen bei sich vereinigt. Abstimmungsverluste und Kompetenzrangeleien zwischen den Ressorts, wie sie die Arbeit zum Schaden von Bürgern und Investoren bereits seit Jahren lähmen, werden weiter zunehmen.“

„Der Vorschlag der Moderatoren erschwert die Arbeit der Stadtverwaltung. Dass die CDU das alles mitmacht, ist erstaunlich. Sie setzt ohne Scham, Scheu und Vorbehalte auf ein Bündnis mit den Linken, obwohl anderes möglich war. Sie opfert ihren Markenkern und sie

verhilft linksgrüner Politik erneut zur Mehrheit. Ohne die Union würde es die vielen grünen und linken Weichenstellungen in dieser Stadt nicht geben. Erst durch das Verhalten der CDU wird das möglich, was die Union in Wahlkämpfen dann selbst immer wieder geißelt.“ Tatsächlich erhielt die CDU noch am Wahlabend die Quittung, denn ihr Kandidat für den neuen Wirtschaftsbürgermeister wurde nicht gewählt. Das fragile Wahlbündnis scheiterte schon beim dritten Kandidaten. Lediglich wiedergewählt wurden Frau Klepsch als Kulturbürgermeisterin, Frau Jähnigen als Umweltbürgermeisterin und Frau Dr. Kaufmann als Sozialbürgermeisterin. Die Erosion in der CDU ist groß, noch im letzten Jahr verließen zwei CDU-Stadträtinnen die Fraktion, der Nachrücker für die verstorbene CDU-Stadträtin Manuela Graul schloss sich der Fraktion der Freien Wähler an. Inzwischen ist der CDU-Fraktionsvorsitzende Peter Krüger von seinem Amt zurückgetreten.

„Im Ergebnis muss man feststellen, dass bei dem Prozess Anspruch und Wirklichkeit weit auseinanderklaffen“, sagt Zastrow abschließend. „Anstatt das vielbeschworene weiße Blatt Papier auf den Tisch zu legen, ging es nur darum, mit Hilfe der Linken die Pfründe von Grünen und CDU zu sichern. Die Moderatoren schafften es nicht, ihre Biografien als Berufspolitiker und ihre persönlichen Parteipräferenzen abzulegen, sondern beschränkten ihre Rolle leider nur darauf, das politische Theater ihrer eigenen Parteien zu legitimieren. Einzig positiv zu nennen ist die von der FDP immer wieder geforderte und im Stadtrat bereits beantragte Reduzierung auf sechs Bürgermeister. Das hätte man aber auch ohne eine mehrmonatige Hängepartie früher haben können.“

## KURZNACHRICHTEN

### Effizientere Ausschüsse gefordert – Verkleinerung auf 12 Stadträte

Als Reaktion auf die geänderten Stärkeverhältnisse der Fraktionen im Dresdner Stadtrat hat die FDP-Fraktion gemeinsam mit den Freien Wählern/Freien Bürgern einen Antrag zur Verkleinerung der Ausschussgröße gestellt. Durch die Wechsel von Stadträten zwischen den Fraktionen ist der Unterschied zwischen den großen Fraktionen nicht mehr so stark wie der Unterschied zu den kleineren Fraktionen. Das ermöglicht eine Anpassung der Ausschussgrößen, aktuell liegt die Größe bei 16 Mitgliedern.

Die geringstmögliche Zahl, die die Mehrheitsverhältnisse des Stadtrates am besten widerspiegelt, sind 12 Mitglieder. Grüne, CDU, Linke und AfD würden je 2 Mitglieder und SPD, Freie Wähler, FDP und Dissidenten je ein Mitglied stellen. Kleinere Ausschüsse sind nicht nur effizienter, sie sparen auch viel Steuergeld. Bei 12er Ausschüssen wären das zwischen 74.000 und 108.000 Euro im Jahr, ohne Berücksichtigung von zusätzlichen Sitzungen und doppelten Pauschalen bei Selbständigkeit von Stadträten.

### „Nachtbürgermeister“ für Dresden

In vielen Großstädten der Welt gibt es bereits sogenannte „Nachtbürgermeister“, Anlaufstellen in der Stadtverwaltung, die sich um besondere Belange der Abend- und Nachtkultur, der „Nachtökonomie“ und des Nachtlebens kümmert. „Dadurch werden in vielen Großstädten der Welt die Probleme, über die wir hier in Dresden diskutieren, gelöst oder stark gemindert“, sagt FDP-Stadtrat Robert Malorny in der Debatte. Die FDP-Fraktion hat einem Pilotprojekt einer solchen Anlaufstelle für Dresden zugestimmt.

### Schandfleck Dresdner Hauptstraße – Grünamt verspricht stärkeren Einsatz

Die Hauptstraße in Dresden mit ihren großen schattenspendenden Bäumen ist vor allem in den Sommermonaten gleichermaßen ein Hotspot für Touristen wie für Bürger. Umso ärgerlicher ist es deshalb, dass die Verweilqualität auf einer von Dresdens wichtigsten Fußgängerstraßen stark beeinträchtigt ist. Die Wiesen um die Bäume liegen voller Laub, nicht alle Brunnen sind funktionsfähig und einige Bänke starren geradezu vor Vogelgedreck. Kein akzeptabler Zustand für die FDP-Fraktion, die daraufhin eine dazu passende Anfrage

im Stadtrat stellte, in der die Untätigkeit der Verwaltung stark kritisiert wird. Gerade im Sommer muss die Hauptstraße als ein Aushängeschild Dresden auch als solches wahrgenommen und entsprechend gepflegt werden. „Es ist traurig, mit was für einer Nachlässigkeit die damals dafür verantwortliche Umweltbürgermeisterin sich den Aufgaben in ihrem Zuständigkeitsbereich entzieht und zusieht, wie die Hauptstraße allmählich verkommt“, erklärt der Fraktionsvorsitzende Holger Zastrow.

# FDP-Stadträte kämpfen für Anwohnerparkplätze

**Die Stadtverwaltung streicht fast 100 Parkplätze in Dresden Klotzsche. Die Anwohner wurden kaum informiert und sind zurecht aufgebracht. Eine Antragsinitiative der FDP soll Abhilfe schaffen.**

Einige Bewohner von Dresden Klotzsche mussten diesen August eine unschöne Überraschung erleben, als sie aus dem Sommerurlaub nach Hause kamen: die gewohnten Pkw-Stellplätze entlang der Karl-Marx-Straße waren verschwunden, die Nebenstraßen völlig zugeparkt. Was war geschehen?

Die Stadtverwaltung hatte beschlossen, die 96 Stellplätze entlang der Karl-Marx-Straße zu entfernen, um stattdessen einen Fahrradschutzstreifen einzurichten. Als Ersatz für die wegfallenden Stellplätze sollen lediglich 20 neue geschaffen werden. Wann und wo genau das erfolgen soll, lässt die Verwaltung leider offen. Bis heute sind keine konkreten Maßnahmen zu erkennen, um die weggefallenen Plätze zu kompensieren. Grundsätzlich besteht ein Stadtratsbeschluss, dem gemäß bei einem solchen Wegfall von Parkplätzen

zen eine adäquate Kompensation von Stellflächen erfolgen muss. Im Fall der Karl-Marx-Straße hat sich die Stadtverwaltung jedoch über diesen Beschluss hinweggesetzt. Auch die Anwohner vor Ort wurden nicht über die Umgestaltungspläne informiert. Nur Tage vor Beginn der Markierungsarbeiten wurden Anwohner per Schreiben im Briefkasten aufgefordert, die Parkplätze zu räumen. Bewohner der Nebenstraßen, die ihr Fahrzeug auf der Karl-Marx-Straße geparkt hatten, und Anwohner, die sich gerade im Urlaub befanden, wurden überhaupt nicht vorgewarnt.

Die FDP-Stadtratsfraktion startete daraufhin eine Plakat- und Flyerkampagne, um die Bürger über den Vorgang zu informieren. Viele Anwohner erfuhren erst dadurch von den Plänen der Verwaltung. In der Folge wendeten sich sehr viele Anwohnerinnen und Anwohner

in Briefen, eMails und persönlichen Gesprächen an die liberalen Stadträte und legten ihre Sicht auf die Situation dar. Viele sprachen von der ohnehin angespannten Parksituation auch in den Nebenstraßen. Nicht wenige berichteten davon, dass sie aufgrund von Alter, Krankheit oder beruflicher Situation auf ihr Auto und einen Parkplatz in Wohnungsnahe angewiesen sind und zeigten sich entsetzt von dem Vorgehen der Verwaltung.

Die FDP-Fraktion reichte deshalb gemeinsam mit der Fraktion der Freien Wähler einen interfraktionellen Eilantrag ein, um die Bürgerinnen und Bürger von Klotzsche bei einer Anwohnerversammlung umfänglich über den Vorgang zu informieren und bei der Stadt darauf zu drängen, zeitnah ausreichend Ersatzflächen auszuweisen. Nachdem sich die Beratung des An-

trages durch eine Verzögerungstaktik von Linken, Grüne, SPD und CDU zunächst verzögert hatte, wurde der Antrag Ende November endlich angenommen. In der beschlossenen Fassung hat die FDP-Fraktion der Verwaltung noch per Änderungsantrag konkrete Stand-

orte genannt, an denen die Einrichtung von Parkplätzen geprüft werden soll. Der Ball liegt nun auf Seiten der Verwaltung. Die Liberalen haben indes angekündigt, das Thema weiterzubearbeiten, bis sich die Situation für die Einwohner in Klotzsche gebessert hat.



Plakataktion der FDP-Fraktion an der Karl-Marx-Straße.

## „Licht an!“ in der Weihnachtszeit

**Dresdens historische Wahrzeichen und Stadtsilhouetten sollten in der Weihnachtszeit weiterhin angeleuchtet werden. Eine Initiative der FDP-Fraktion im Dresdner Stadtrat.**



Die Dresdner Stadtsilhouette wie sie sonst in den Abendstunden leuchtet.

Dresdens Image als Weihnachtshauptstadt leidet - diesmal aufgrund einer Verordnung des grüngeführten Bundeswirtschaftsministeriums. Weil die Bundesregierung sehenden Auges in eine Ener-

giekrise geschlittert ist und die Versorgung nicht mehr sicherstellen konnte, mussten eiligst Sparmaßnahmen erlassen werden. Darunter fielen auch rein symbolische Maßnahmen wie das Abschalten

von dekorativen Außenbeleuchtungen an historischen Gebäuden und Baudenkmalern in den Städten und Gemeinden.

Doch eine später hinzugefügte Ausnahmeregelung sollte es den Kommunen wenigstens aus Anlass von religiösen Festen erlauben, das Licht in der dunklen Jahreszeit anzuschalten. Der Stadtrat beschloss auf Initiative der FDP-Fraktion, in der Adventszeit von dieser Ausnahme Gebrauch zu machen. Denn die Weihnachtszeit

ist ein enormer Wirtschaftsfaktor für Dresden. Der Tourismus, das Gaststättengewerbe, die Weihnachtsmärkte, der Handel und die Hotels profitieren enorm in der umsatzstärksten Zeit und sichern so Arbeitsplätze und am Ende auch Steuereinnahmen für Stadt, Land und Bund. Touristen wollen schließlich auch nachmittags und abends etwas von der Stadt sehen, daher sind eine angeleuchtete Stadtsilhouette oder Baudenkmäler wie die Frauenkirche in der Weihnachtszeit wichtig.

Allerdings blieben die Gebäude des Freistaates und die Frauenkirche dunkel, der Beschluss des Stadtrates wurde missachtet, auf die Belange der Tourismus- und Weihnachtswirtschaft wurde keine Rücksicht genommen. Bei den städtischen Gebäuden macht die dekorative Außenbeleuchtung gerade einmal 20.000 kWh/Jahr aus. „Das entspricht 0,54% des städtischen Einsparpotentials bei der Beleuchtung“, sagt Fraktionschef Holger Zastrow. „Dresdens Licht-Aus-Aktion war reine Symbolpolitik.“

### KURZNACHRICHTEN

#### Altmarktsanierung nicht ohne Probleme

Seit Frühjahr 2022 unterliegt der Altmarkt Sanierungsarbeiten, die voraussichtlich bis Oktober 2023 dauern werden. Neben einem geschnittenen, barrierefreien Pflaster wird hauptsächlich das Mediennetz ertüchtigt. Trotz der Baustelle konnte der Striezelmarkt 2022 ohne Einschränkungen stattfinden, ermöglicht durch eine temporäre Asphaltdecke. Weniger gut sieht es dagegen für die ortsansässigen Gastronomen aus, die keine Ausgleichsflächen für ihre wegfallenden Freisitze zur Verfügung gestellt bekommen.

#### Grill- und Feuerwerksverbot im Sommer

Als Reaktion auf die Waldbrände in der Sächsischen Schweiz und die anhaltende Dürre und Waldbrandgefahr in Dresden, hat im Sommer 2022 die Stadtverwaltung Dresden ein Feuerwerk- und Grillverbot verhängt. Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Holger Zastrow kritisierte das Verbot stark. „Dass sich die Stadtverwaltung Dresdens vom allgemeinen Alarmsismus anstecken lassen hat und Verbote ohne sachliche und fachliche Begründung verhängt, bedauern wir. Dresden setzt Symbolpolitik über Fakten.“

#### Kostenbremse: Planungsstopp bei der WiD

Aufgrund der gestiegenen Baukosten funktioniert das Konzept der WiD Wohnen in Dresden GmbH – Sozialwohnungen neu zu bauen, dazu als Eigenkapital die Grundstücke der Stadt zu nutzen und zusätzlich die Landesförderung für sozialen Wohnungsbau abzugreifen – nicht mehr. „Jetzt müssen die bereits laufenden Baumaßnahmen abgeschlossen und vorerst ein Planungsstopp durchgesetzt werden. Die Situation ist zu ungewiss um mit öffentlichen Geldern auf billigere Baupreise zu pokern“, meint FDP-Stadtrat Christoph Blödner.

#### Bauausschuss verhindert Radweg

Die Blasewitzer Straße befindet sich in sehr schlechtem Zustand und ist für viele zur Belastung geworden. Der Straßenbelag ist aufgebrochen und Rad- und Kfz-Fahrer behindern einander. Konflikte sind an der Tagesordnung. Die FDP-Fraktion hatte im Herbst gefordert, die parallel verlaufende Fiedlerstraße für den Radverkehr aufzuwerten und so eine attraktive Alternative zu schaffen. Trotz deutlicher Zustimmung im Stadtbezirksbeirat ist das Projekt jedoch durch den Bauausschuss verhindert worden.

#### Stadtrat gegen Energiesperren

Die Heizsaison ist angebrochen und damit auch wieder die Frage, ob Energiesperren für Nichtzahler eingeführt werden sollten oder nicht. Die FDP-Fraktion ist der Überzeugung, dass der Verzicht auf Energiesperren gegenüber den zahlenden Kunden nicht vermittelbar ist. Zudem gibt es für diesen Fall staatliche Hilfssysteme, die nicht in der Verantwortung der Stadt liegen. „Wir halten den Verzicht auf Energiesperren für das falsche Instrument“, erklärt unser finanzpolitischer Sprecher Christoph Blödner.

# Fraktion aktuell



Initiiert von FDP-Stadtrat Holger Hase: Veranstaltung anlässlich des 100. Todestages von Walther Rathenau in der Jüdischen Gemeinde.

## Rathenau-Veranstaltung

Anlässlich des 100. Jahrestages der Ermordung Walther Rathenaus veranstaltete die Stadt Dresden in Zusammenarbeit mit der Jüdischen Gemeinde und dem Verein „DenkMalFort! e. V. – Die Erinnerungswerkstatt“ am 24. Juni 2022 eine Gedenkveranstaltung im Gemeindezentrum am Hasenberg, initiiert von FDP-Stadtrat Holger Hase. Oberbürgermeister Dirk Hilbert mahnte in seiner Rede vor den Gefahren rechtsradikaler Ideologien und warb für eine lebendige Demokratie. Dr. Wolther von Kieseritzky vom Archiv des Liberalismus Gummersbach erläuterte in einem Beitrag die historische Einordnung Rathenaus in die deutsche Demokratiegeschichte und Schülerinnen und Schüler des Marie-Curie-Gymnasiums gestalteten eine Lesung zu den Reaktionen auf den Rathenau-Mord. Walther Rathenau wurde am 29. September 1867 in Berlin geboren. Er war Industrieller, Schriftsteller und liberaler Politiker. Ab 1921 verhandelte er als Wiederaufbauminister und später als Außenminister in Reparationsfragen mit den Siegermächten. Er wurde 1922 von Rechtsradikalen ermordet.

## Städtepartnerschaft

Vom 5. bis 10. September 2022 besuchte FDP-Stadtrat Christoph Blödner mit einer Delegation unter Leitung von Oberbürgermeister Dirk Hilbert die US-amerikanische Stadt Columbus im Bundesstaat Ohio. Anlass war das 30. Jubiläum der Städtepartnerschaft zwischen Dresden und Columbus. Die Delegation wurde von Mayor Andrew J. Ginther im Rathaus empfangen, sie trafen den Stadtratspräsidenten sowie Stadträtinnen und Stadträte von Columbus. Nach Gesprächen mit der Wirtschaftsförderung der Metropolregion Columbus führte eine Tour durch den



Oberbürgermeister Dirk Hilbert und Stadtrat Christoph Blödner im Gespräch mit dem Stadtratspräsidenten von Columbus (Ohio) Shannon Hardin.

Innovation District und das Center for Automotive Research an der Ohio State University. Columbus ist Standort zweier neuen Fabriken der Halbleiterfirma Intel, was die Zusammenarbeit mit Dresden in den nächsten Jahren verstärkt. Weitere Stationen waren das Community College, das eine Partnerschaft mit dem BSZ Elektrotechnik Dresden pflegt, sowie der Dresdner Freundschaftsverein, dessen Mitglieder seit vielen Jahren den Marathon- und Künstleraustausch fördern und mit großen Spendensammlungen den Wiederaufbau der Frauenkirche, den Aufbau der Synagoge sowie eine Dresdner Kindertagesstätte nach der Hochwasserkatastrophe 2002 unterstützen. Die Stadt Columbus mit ihren zwei Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern ist die Hauptstadt des Bundesstaates Ohio im mittleren Westen der USA. Am 4. Juni 1992 unterzeichneten der damalige Dresdner Oberbürgermeister Dr. Herbert Wagner und der damalige Bürgermeister von Columbus, Greg Lashutka, die Vereinbarung zur Partnerschaft zwischen beiden Städten. Die Landeshauptstadt Dresden führt mit 13 Städten weltweit eine Städtepartnerschaft.

## 400 Jahre Stadtgeschichte

Gemeinsam mit dem Stadthistoriker Christoph Pöttsch und dem Stadtrat Christoph Blödner führte



Führung der FDP-Stadtratsfraktion mit Christoph Pöttsch.

ein Rundgang durch die Dresdner Innenstadt zu den Wirkungsstätten von Persönlichkeiten aus Kultur, Literatur, Musik, Politik und Gesellschaft. Unter anderem wurde an der Wilsdruffer Straße Station gemacht, denn in der alten Moritzgasse wohnten Paulus Luther, der als Leibarzt von Kurfürst August von Sachsen pikante Details in Büchern festhielt, sowie Caroline Neuber, die Begründerin der deutschen Schauspielkunst. Über die Wilsdruffer Straße ging es zum Wohnhaus von Nikolaus Joachim Lehmann, den Entwickler des ersten Tischrechners der DDR, sowie zur Wohnstätte von Schriftsteller Ludwig Tieck am Altmarkt. Interessante Passagen aus den Biographien von Literat E.T.A. Hoffmann oder Bildhauer Ernst Rietschel gaben an dessen Wirkungsstätten Einblicke in ihr Leben und Schaffen in Dresden.

## Kommunalpolitische Abende

Im September vergangenen Jahres sowie im Januar trafen sich die Stadträte Robert Malorny und Holger Hase mit Vertretern aus Stadtbezirksbeiräten und dem Seniorenbeirat, um sich über die Arbeit in den jeweiligen Gremien auszutauschen. Sie informierten über aktuelle Themen aus dem Stadtrat und der Verwaltung wie den Doppelhaushalt 2023/24 oder die Situation in den Dresdner Bürgerämtern.

Die Anwesenden waren sich einig, dass der Austausch fortgesetzt und intensiviert werden sollte. Weitere kommunalpolitische Abende sind bereits in Planung.

## Besuch aus Stuttgart

Am 5. und 6. Oktober 2022 besuchte die FDP-Gemeinderatsfraktion aus Stuttgart Dresden. Bei einem gemeinsamen Abendessen tauschte sich die Stadträte und der Oberbürgermeister über die Arbeit der Fraktionen aus. Außerdem zeigte Franz-Josef Fischer am Folgetag den Stadträten die Dresdner Altstadt und auch die Stadtratssitzung verfolgten die Stuttgarter Stadträte bis in die Abendstunden.



FDP-Stadträte aus Stuttgart beim Treffen mit Dirk Hilbert und den Dresdner FDP-Stadträten.

## IMPRESSUM

### Herausgeber

Die Freie Dresdner Ratsdepesche wird herausgegeben von der FDP-Fraktion im Dresdner Stadtrat und den Stadträten Christoph Blödner, Franz-Josef Fischer, Holger Hase, Robert Malorny und Holger Zastrow.

### Kontakt

FDP-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden ([www.fdp-fraktion-dresden.de](http://www.fdp-fraktion-dresden.de))  
Rathaus, Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden  
Tel. 488 1035  
E-Mail [fdp-fraktion@dresden.de](mailto:fdp-fraktion@dresden.de)

### Redaktion

Thomas Widra (V.i.S.d.P.), Maximilian Hempel, Jacqueline Masopust, Tili Bunzel

### Gesamtherstellung:

SDV Direct World GmbH

### Bildnachweise

Fraktionsarchiv, Unsplash (Robert Anasch, Alexander Henke, Jandira Sonnendeck)

Diese Druckschrift ist eine Information über die Arbeit der FDP-Stadtratsfraktion und darf nicht zur Wahlwerbung verwendet werden.

## ABONNEMENT

Sie wollen die Ratsdepesche direkt nach Hause, dann schreiben oder rufen Sie uns an

[fdp-fraktion@dresden.de](mailto:fdp-fraktion@dresden.de)  
Telefon 0351 4881035



**FRANZ-JOSEF FISCHER**

## EIN FREIER BLICK

### HEUTE:

## Alles wird teurer – auch der Stadtrat!

Das Kaufverhalten der Dresdner Bürger hat sich kaum verändert, die Geschäfte und Märkte werden weiterhin gestürmt. Aber der Unmut ist groß und wird sehr oft und sehr laut geäußert! Es beginnt

mit dem Parken. Wenn man überhaupt einen Parkplatz findet, dann erschrickt man über die erhöhten Preise. Und beim späteren Einkauf wird es noch deutlicher: die Preise steigen enorm an. Dennoch kauft man das Nötigste, man ist ja ein gutes Leben gewohnt.

Nur das behagliche Ausruhen vor dem Fernseher oder beim Lesen der Zeitung ist total gestört! Die Informationen verängstigen den braven Bürger, man erfährt, dass alles noch viel schlimmer wird. Wehe dem, der es glaubt! Die Medien sind auch nicht mehr das, was sie einmal waren.

Wer kann der Aufregung Einhalt gebieten? Auf keinen Fall die Stadtratsmitglieder! Die stehen ja erst recht in der Kritik und das hat gute Gründe. Sie kämpfen wie besessen um Posten für ihre Partei, aber was sie einst dem

Wahlbürger versprochen, das haben sie vergessen. Einfach so. Sie machen es sich überhaupt sehr einfach! Wenn sie nicht weiterkommen, dann werden neue Sitzungen beantragt. Diese sind manchmal sehr kurz, weil es keinerlei Verständigung unter den Fraktionen gibt. Also müssen neue Beratungen ins Leben gerufen werden. Die armen Bürgermeister! Ach so, wir haben ja seit Sommer nur noch wenige. Das hat eigentlich einen Spareffekt, aber die Stadträte andererseits genießen die erhöhten Aufwandsentschädigungen. Ja, der Stadtrat wird auch teurer. Hier müssen die Bürger der Stadt genau hinschauen, damit sie bei der nächsten Kommunalwahl, wenn sie nicht zu wahlmüde sind, die richtigen Personen wählen. Die richtigen Personen in der richtigen Wählervereinigung; Personen, die aufrecht dem Volk in die

Augen schauen können, ohne Euro-Scheine im Blick zu haben.

Als Schlussbemerkung eine Reminiszenz an den „Eulenspiegel“, 1986 konnte man lesen:

Der Mensch, der durch den graden Gang vor Zeiten aus dem Tierreich drang, sah weitaus mehr als da er noch auf Vieren durch die Landschaft kroch. Ein paar Millionen Jahre ging's mit ihm bergauf, dann allerdings erwischte ihn der Sitzungstisch und damit schwand sein Überblick.

Das meint

*Franz-Josef Fischer*